

Vorlage Nr. IV/ 38/2025 - 1
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 2

Richtlinie zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung nach dem Ganztagsförderungsgesetz an Bremerhavener Grundschulen

A Problem

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 29.06.2022 gemäß Vorlage IV/19/2022 „Umsetzung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung von Grundschulkindern“ beschlossen, dass der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung durch den sukzessiven Ausbau von gebundenen Ganztagsgrundschulen umgesetzt wird. Die Umsetzung des Rechtsanspruches erfolgt zunächst durch den Ausbau der Verlässlichen Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen in offener Form, gemäß Beschluss IV/8/2025 des Magistrats. Alle verlässlichen Grundschulen in Bremerhaven werden demnach zum Schuljahr 2026/2027 aufwachsend zu offenen Ganztagsgrundschulen. Ab dem 01.08.2026 wird die Betreuungsform Hort über die Kinder- und Jugendhilfe nicht mehr angeboten. Dies wurde mit der Vorlage IV/35/2025 beschlossen.

Alle Schülerinnen und Schüler, die bereits einen Betreuungsvertrag mit einem Träger der freien oder öffentlichen Jugendhilfe (Hortplatz) abgeschlossen und die zu Beginn des Schuljahres 2026/2027 die Grundschule noch nicht beendet haben, werden in den Ganztagsgrundschulen übernommen.

Die vollumfängliche Umsetzung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung erfordert aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen (Ausstattung, Personal, Mittagsangebot, Räumlichkeiten) die Festsetzung von Kapazitäten je Schulstandort. Dies erfordert die Erstellung einer Richtlinie durch das Schulamt.

B Lösung

Gemäß § 7 der Verordnung zur Regelung der Ganztagsgrundschule vom 11.07.2013 in der aktuellen Fassung erhalten Schülerinnen und Schüler nach Anmeldung zur offenen Ganztagsgrundschule einen Platz im Rahmen der schulischen Kapazitäten. Hierfür hat das Schulamt Bremerhaven eine Richtlinie für die noch nicht im offenen Ganztagsgrundschule befindlichen Jahrgänge bis zum Schuljahr 2029/2030 erstellt (vgl. Anlage 1).

Hierdurch wird sichergestellt, dass trotz der schrittweisen Einführung des Rechtsanspruches eine bedarfsgerechte und sozial verträgliche Übergangsregelung besteht, ohne die planmäßige Umsetzung des Ganztagsausbaus zu beeinträchtigen.

Die Richtlinie enthält weiterhin die Rahmenbedingungen für die Anmeldung zum Ganztagsgrundschule.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Diese Vorlage hat finanzielle Auswirkungen. Potenzielle Einnahmen entstehen aus Kostenerstattungen für die Spät- und Ferienbetreuung. Der Zuschussbedarf durch die Stadt Bremer-

haven, insbesondere für Sach-, Personal- und Betriebskosten der Betreuung, wird in das Haushaltsaufstellungsverfahren 2026/2027 durch das Schulamt eingebracht.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen entstehen durch diese Vorlage nicht.

Der Ausbau der Ganztagsbeschulung von Grundschulkindern ist ein wesentlicher Baustein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Alleinerziehende. Hierdurch ergibt sich auch eine Relevanz für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Das Angebot der Ganztagsbetreuung richtet sich an Kinder aller Geschlechter. Die Vorlage hat Auswirkungen für Kinder. Besondere Belange für Jugendliche und junge Erwachsene liegen nicht vor.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen gibt es nicht. Die Ausweitung der Ganztagsbetreuung stärkt die Infrastruktur in den betroffenen Stadtteilen. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen, allerdings führt die Ausweitung der Ganztagsbetreuung auch zu einer Erweiterung spezifischer Angebote für Kinder mit besonderen (Förder- und Assistenzbedarfen).

E Beteiligung / Zuständigkeiten

Das Personalamt, die Stadtkämmerei, das Rechtsamt sowie das Amt für Jugend, Familie und Frauen erhalten die Vorlage zur Kenntnis.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt die in der Anlage 1 vorgelegte Richtlinie zur Umsetzung des Rechtsanspruches nach dem Ganztagsförderungsgesetz an Bremerhavener Grundschulen.

Die Richtlinie zur Umsetzung des Rechtsanspruches nach dem Ganztagsförderungsgesetz an Bremerhavener Grundschulen tritt zum 01.11.2025 in Kraft.

Die Magistratsvorlage wird dem Ausschuss für Schule und Kultur zur Kenntnis gegeben.

Prof. Dr. Hilz
Stadtrat

Anlagen:

Anlage 1 Richtlinie Ganztags Hort
Anlage 2 zur Richtlinie Umsetzung Rechtsanspruch